# Sozialdemokratie und Sozialmonarchie

Vortrag (discourse)

von

Adolf Stöcker

Evangelisch-soziale Zeitfragen
Erste Reihe. Fünftes Heft

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1891

# Sozialdemokratie und Sozialmonarchie

Unsre Zeit ist ernst, und ihre Aufgaben sind groß. Die soziale Frage bewegt die ganze Welt, und unter ihren Stößen erzittert die Erde. Viele Zeitgenossen, darunter tief denkende Geister, leben der Überzeugung, daß wir vor einer unentfliehbaren Katastrophe stehen, und ohne Sorge ist niemand. Zeigt doch die Geschichte, daß jedesmal sozialistische Bewegungen großen Volksstürmen vorangegangen sind. Als Plato das Bild seines sozialistischen Idealstaats zeichnete, hatte das alte Griechenland die längste Zeit gelebt; es zerfiel, weil in seinen kleinen Republiken Sozialisten, aber nicht ideale, sondern höchst verderbliche kommunistische Umsturzmänner ihrem Vaterlande den Garaus machten. Als es mit dem alten republikanischen Rom zu Ende ging — und das römische Kaisertum war nichts anderes, als der Anfang vom Ende —, da erschienen als die Sturmvögel der neuen Zeit die Gracchen; auf sie folgten Catilina und die Catilinarier. Gegen den Ausgang des Mittelalters war es nicht anders; die Bauernkriege, diese gewaltigen Ausbrüche der Volksleidenschaft, die von unkundigen oder parteiischen Katholiken der Reformation zugeschrieben werden, gingen dieser Geisterbewegung vielmehr voran und hielten in den Tagen Luthers nur ihren Kehraus. Aber so blutig sie waren, noch viel grausiger erscheinen die sozialen Krämpfe und Kämpfe der Münsterschen Rotte. Auch vor hundert Jahren haben kommunistische Glocken den Anbruch der neusten Epoche der Menschheit eingeläutet, die französische Revolution war in ihren Anfängen mehr sozialistischer Umsturz als politische Umwälzung. Beachtet man diese geschichtliche Entwicklung, so könnte es scheinen, als ständen auch wir vor dem Untergang einer alten, vor dem Aufgang einer neuen

Zeit, als müßte dieser Übergang vom Alten zum Neuen durch ein Erdbeben internationaler Art vollzogen werden. Man erzählt in Berlin, die weiße Frau erscheine, wenn jemand aus dem königlichen Hause sterbe. So, könnte man sagen, erzählt uns die Geschichte, daß das rote Gespenst auftaucht, wenn eine alte Dynastie von Gedanken untergeht.

Diesmal aber ist es mit dem Hereinbrechen einer neuen Epoche etwas anderes. Sonst wenn die Revolutionen einer Geistesrichtung Bahn zu brechen unternahmen, stand es immer so, daß die neuen Gedanken nur auf einer Seite lebendig waren. In einer bestimmten Volksklasse herrschte eine Gährung, die sich allmählich zu einem Volkssturm zusammenballte. Heute ist es anders; der Sozialismus ist nicht das Eigentum der revolutionären Richtung, welche man Sozialdemokratie nennt, sondern, soweit er gesund und durchführbar ist, die überwiegende Geistesrichtung aller Klassen und Stände. Die Fürsten wollen soziale Reformen, die Regierungen folgen ihnen, die nationalökonomische Wissenschaft hat vorgearbeitet und steht mitthätig am Werk, große Schichten unseres Volkes, auch unter den Besitzenden, Vornehmen und Gebildeten, haben den alten wirtschaftlichen Anschauungen den Abschied gegeben und wollen mithelfen, daß die unvermeidliche Sozialreform sich friedlich vollziehe. Das, was die Sozialdemokratie als Vertreterin der arbeitenden Klassen Gutes hat, wollen mit Ausnahme einiger kurzsichtiger und zurückgebliebener Geister im Grunde wir alle; und das Schlechte daran, den Umsturz und den Unglauben, die Vernichtung der persönlichen Freiheit und des Familienlebens kann kein Vernünftiger wollen. Gewiß, es macht durchaus den Eindruck, als ob ein neues Reich von Gedanken im Anzug wäre. Die absterbende Dynastie von Manchester hat keine Anhänger mehr; sie ist auch nicht wert, daß man ihr eine Thräne nachweint. Auf ihren Trümmern erhebt sich das Königtum des Sozialismus, das in der Form des sozialen Königtums bereits angebrochen ist. In seinem tiefsten Grunde ist es jedem Christen bekannt; als königliches Gesetz der Liebe hat es seit achtzehnhundert Jahren ein Reich begründet, das nicht bloß im Arbeiterstande, sondern unter allen lebendigen Gläubigen seine freudigen Bürger und Bekenner hat.

Und was in der volkswirtschaftlichen Sprache Manchestertum heißt, was zutreffender, wenn man es nach seinem Wesen bezeichnen will, Individualismus genannt wird, ist eine Anschauung, die heute beinahe überwunden vor unseren Füßen liegt. Nicht als ob wir auf diese Richtung einer früheren Epoche nur Steine werfen wollten. Der Individualismus hat, wie alles, was ein Jahrhundert beherrscht, seine Verdienste; er hat die freie Persönlichkeit ausbilden helfen, die Kräfte der Natur dem Menschen in unangeahnter Weise dienstbar gemacht, die Mächte des Geistes, Erfindung und Entdeckung, bis zu staunenswerter Höhe entwickelt und dadurch dem wirtschaftlichen Leben unermeßliche Anregung gebracht. Wir müßten unverständige und undankbare Menschen sein, wenn wir auf das Jahrhundert des Dampfes und der Elektrizität, der Eisenbahnen und der Maschinen nur mit Verachtung und Verdammnis zurückblicken wollten. Aber eins ist sicher, diese Epoche des Individualismus ist vorüber, sie kann den vorgeschrittenen Verhältnissen nicht mehr genügen; durch unsere Zeit tönt ein Ruf, der nicht bloß aus einer Ecke, sondern nahezu aus allen Winkeln des Volkslebens kommt, daß wir die individualistische Anschauung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens durch eine soziale Auffassung ersetzen müssen.

Im vorigen Jahrhundert ist die Ideenwelt, welche man Individualismus nennt, entstanden. Sie steht ganz in Zusammenhang mit den allgemeinen Ideen der damaligen Zeit. Rousseau kannte nur den abstrakten Naturmenschen, und sein Staat ruhte auf dem Vertrag der Einzelnen. Jeder galt für klug und gut, wenn er nur durch die Gesellschaft nicht verdorben wurde; ließe man ihn seinen Weg gehen, so werde er, das meinte man, das Rechte finden. Fürsten und Regierungen wurden für notwendige Übel gehalten. Und die Kirche, in Frankreich von Voltaires Spott, in Deutschland von Lessings Rationalismus bestürmt, war keine Grundfeste der Wahrheit mehr, sondern eine Ruine. Aus diesen Tagen, ganz im Einklang mit ihnen, stammt das wirtschaftliche Losungswort: Laissez faire, laissez aller. Der Optimismus, der immer mit dem Rationalismus und Liberalismus verbunden ist, und der von Leibniz her noch das ganze Jahrhundert durchzog, that das

übrige; man glaubte wirklich, wenn nur die Kräfte frei wären, und jeder seine Freiheit hätte, so müßte auch im wirtschaftlichen Leben die beste Welt erscheinen.

Adam Smith hat diesen Individualismus in ein System gebracht. Er ging ganz davon aus, daß man in der Welt der Arbeit die Kräfte befreien müsse; der Fabrikherr mit seinem Kapital, der Arbeitsmann mit seiner Hand und seinem Fleiß, jeder thue sein Bestes, so wird er das Wohl des Ganzen befördern. Im freien Spiel der Kräfte werde der höchste Stand des wirtschaftlichen Lebens erreicht, im Widerstreit der Interessen der soziale Friede geschlossen werden. Eine Zeitlang hat dieser Traum gedauert. Aber als die wirtschaftlichen Kräfte der neuen Zeit lebendig angespannt wurden, als die moderne Industrie mit ihrer massenhaften Produktion, ihren gewaltigen Kapitalmassen, ihrer Ausbeutung der Menschenkraft ins Feld rückte, da fand man bald, daß nicht wirtschaftliche Harmonie, sondern Anarchie sich als Folge dieses Zustandes ergab. Im tiefsten Grunde lag dem ökonomischen Liberalismus doch die Anschauung zu Grunde, es komme mehr darauf an, Güter zu schaffen, als Menschenglück zu fördern, Reichtum zu gewinnen, als Seelen zu bewahren, den Wohlstand des Volkes zu vergrößern, als das Wohlsein des Einzelnen zu bessern. Was als Individualismus begonnen hatte, stellte sich zuletzt als Egoismus und Mammonismus heraus. Und unvermerkt entwickelte sich ein wirtschaftlicher Materialismus, der nicht sowohl auf die sittlichen Kräfte achtete, nicht die Persönlichkeit des Arbeiters berücksichtigte, nicht sein Haus, sein Familienleben, seine unsterbliche Seele pflegte, sondern nur im Auge hatte, wieviel Erzeugnisse die Hand des Arbeiters schaffen könne, und wie wenig Lohn nötig sei, um die Arbeit, welche zur Ware geworden war, zu kaufen. Es hat ein Jahrhundert gedauert, ehe die folgenschweren Nachteile dieser Anschauung sich gezeigt haben. Heute sind wir damit fertig. Auf sämtlichen Kathedern der nationalökonomischen Wissenschaften in Deutschland sitzt meines Wissens kein einziger Manchestermann mehr, alle unsere Gelehrten haben soziale Gesinnung und Überzeugung, manche eine wahre sozialistische Begeisterung. Schon aus dieser einen Thatsache geht hervor, daß der alte Gedankenweg

heutzutage nicht mehr gangbar ist. Denn in Deutschland ist ein System, welches in der Wissenschaft aufgegeben ist, auch im praktischen Leben nicht lange mehr zu halten. Das System des wirtschaftlichen Individualismus ist bankerott.

Mit beinahe heidnischer Gleichgiltigkeit hat das Manchestertum dem Elend der arbeitenden Klassen zugesehen. Ein Feudalismus, schlimmer als der des Mittelalters, schied die Besitzer des Kapitals von der Arbeiterschaft, die Genießenden von den Darbenden. Das Kapital wirkte Wunder, aber auf Kosten der Zufriedenheit im Arbeiterstande. Die Maschine produzierte billiger, machte aber den Arbeiter zum Sklaven. Die Arbeit selbst, früher eine Ehre, wurde zur Ware, den Schwankungen des Marktes und den Kämpfen der Konkurrenz preisgegeben. So lange der Arbeiter darüber nicht nachdachte, mochte die Sache gehen. Der Arbeitgeber hielt die wirtschaftlichen Gesetze des Liberalismus für unabänderlich; auch wenn er wohlwollend war, konnte er an den bestehenden Zuständen nicht viel ändern; so nahm er die Not für eine Tugend und machte aus der Not der Arbeit eine Philosophie der Entbehrung. Da erwachte das Nachdenken der arbeitenden Klassen. Sie untersuchten die Zustände und fanden sie unbefriedigend. Sie sprachen von Kohlenbaronen und Schlotjunkern, gerade wie die Bourgeoisie von Krautjunkern geredet hatte. Sie wiesen auf die Leute hin, die nichts thun und alles genießen wollten. Sie suchten den Lohnkampf durch Arbeitseinstellung zu ihren Gunsten zu führen und schufen dadurch eine Art Bürgerkrieg. Das kurzsichtige Manchestertum hätte wohl noch lange müßig am Markt gestanden. Aber aus den bestehenden Verhältnissen ergaben sich Gefahren für den Staat. Das Volk wurde zu zwei Heeren: auf der einen Seite die Arbeitgeber, auf der andern die Arbeiter. Man schloß internationale Verbindungen und erklärte den eigenen Mitbürgern den Krieg. Zuletzt wurde es jedem klar, daß die bloße Vertragsfreiheit keine Hilfe schaffen könne, und daß der Kampf ums Dasein kein Glück bringe. Und die Sozialdemokraten waren es in erster Linie, welche mit unerbittlicher Kritik in den Wunden der Zeit wühlten.

Es ist eine merkwürdige Ironie, daß gewisse Gedanken der liberalen Nationalökonomie entnommen und zu Spießen umgestaltet

wurden, welche dem Individualismus den Todesstreich versetzten. Arbeit — so lehrt Adam Smith — ist der einzige Faktor, der Werte schafft. — Der „Kampf ums Dasein“ ist ein vielgenannter Ausdruck, der nicht erst von Darwin stammt, sondern von Malthus. Dieser englische Geistliche hat ihn zuerst gebraucht, als er seinen Ausgangspunkt von der Überzeugung nahm — nicht böswillig, wie man oft meint, aber doch gefährlich —, daß die Bevölkerung sich zu stark mehre und die Erzeugung der Nahrungsmittel damit nicht gleichen Schritt halte. Mancher Weltbürger komme an die Tafel der Menschheit, für den kein Couvert gedeckt sei, sodaß es am besten sei, ihn wieder sterben zu lassen, um die menschliche Gesellschaft nicht unnütz zu belasten. — Ricardo war der dritte im Bunde; er sagt, daß die Gesetze der Produktion dem Arbeiter nicht mehr gewähren könnten, als was er notwendig zu seiner und seiner Familie Erhaltung brauche. Nicht Lassalle ist es gewesen, der dieses sogenannte „eherne Lohngesetz“ entdeckt hat; es stammt aus der individualistischen Volkswirtschaftslehre von England, der jüdische Agitator hat es nur benutzt, um damit seine sozialistischen Geschäfte zu machen. Mit dem Smithschen Gesetz der Arbeit exerzierte Marx; er zog die Folgerung, daß wenn die Arbeit allein Werte schaffe, den Arbeitern der größere Anteil an der Produktion zukomme, und daß wenn der Reichtum der Arbeit seine Schätze verdanke, diese Schätze auf die Arbeit übergehen müssen. Ricardos Lohngesetz verschärfte Lassalle. Hatte jener gesagt, der Arbeitslohn könne nicht größer sein, als nötig sei, um den Arbeiter zu erhalten, so machte dieser aus dem Satz eine Waffe der Agitation und predigte den Arbeitern: Das elende Existenzminimum ist euer Los, das wird immer und ewig euer Los bleiben, wenn nicht eine große Umwälzung der Wirtschaftsordnung eintritt; die oberen Zehntausend sind zum Glück, ihr zum Elend bestimmt; eure Lebenshaltung wird sich immer um den Punkt der dringendsten Notdurft und der Armut bewegen! So wurde die Arbeiterwelt unter die rote Fahne gerufen; ihre Bataillone sollten mit aufgerolltem Panier den Kampf ums Dasein ausfechten.

Jene drei Lehren sind falsch. Weder in der manchesterlichen, noch in der sozialdemokratischen Nationalökonomie ist ohne weiteres

der Satz richtig, daß Arbeit allein die Werte schaffe, oder daß die Arbeit immer im gleichen Verhältnis zum Produkte steht. Zur Arbeit muß das Kapital, sei es Geld oder das Werkzeug, sei es das Haus oder der Grund und Boden hinzukommen; auch der Geist der Unternehmung und die Leitung der Geschäfte haben einen großen Anteil an der Produktion. Alle drei Faktoren zusammen schaffen Werte, nicht die Arbeit allein. — Auch das ist nicht richtig, daß der Arbeiter immer nur soviel verdient, als er notdürftig braucht, um sich und die Seinigen notdürftig am Leben zu erhalten. Gewiß, es giebt Erwerbszweige, die dem Arbeiter nur so viel oder noch weniger bieten, als er braucht, um sich vor Hunger zu schützen. Früher waren derselben noch mehr, aber auch heute noch finden sich Beschäftigungen, bei welchen der Arbeiter und seine Familie verkommen. Erst kürzlich wieder hat eine Untersuchung der Lage der Handweber im Eulengebirge nachgewiesen, daß dort ganze Familien im Durchschnitt nicht viel mehr verdienen als 300 Mk. im Jahre, eine Summe, mit welcher die Unterhaltung einer Familie völlig unmöglich ist. Ich fürchte sogar, daß dieser jammervolle Arbeitsverdienst einer Weberfamilie nicht einmal die niedrigste Summe ist, auf welche der Verdienst zuweilen in Deutschland herabsinkt. Und dennoch ist das eherne Lohngesetz im allgemeinen nicht wahr. In Berlin giebt es Arbeiter genug, die täglich 2, 3 Mk. verdienen. Wenn nun z. B. Maurer und Buchdrucker es auf 6 Mk. bringen, die ersteren allerdings nur 9 bis 10 Monate im Jahr, so wird man nicht sagen können, daß bei beiden Klassen der Lohn nur die äußerste Notdurft befriedige; die einen haben das Doppelte der anderen. Freilich auch ein Arbeiter, der 6 Mk. verdient, aber dessen Hausfrau nichts versteht und die Wirtschaft verkommen läßt, hat mit 6 Mk. noch viel zu wenig. Dagegen bei einem Manne, der häuslich, tüchtig und sparsam ist, dessen Frau richtig haushält, ist jene Summe genügend, um durchzukommen. Arbeiterfrauen haben es selbst erzählt, man könne davon für die Zeit, wo es keine Arbeit giebt, ganz gut einen Sparpfennig zurücklegen. Aber davon reden die Sozialdemokraten niemals. Sparen, Häuslichkeit, Ordnung stehen in ihrem Katechismus nicht; sie haben weder den Mut, ihre Genossen zu diesen Arbeitertugenden anzu-

halten, noch die Gewissenhaftigkeit, ihnen die Fehler und Sünden ihres Standes vorzuhalten. Das böse Agitieren ist leichter als das rechte Agieren, und die Weltverbesserung bequemer als die eigene.

Eine gewisse Wahrheit in dem ehernen Lohngesetz wollen wir anerkennen; eine allgemein giltige Wahrheit nicht. Jener Grundsatz, der uns jahrzehntelang entgegengehalten ist als ein Beweis unentfliehbaren Elends, ist irrig; niemand braucht ihn für bare Münze zu nehmen. Auf dem Kongreß in Halle hat selbst Liebknecht ihn preisgegeben. Er hat seiner Zeit die Aufwühlung gethan und kann nun beiseite gelegt werden wie ein Infanteriegewehr, das für die Feldschlacht sich nicht mehr eignet.

Der Kampf ums Dasein ist ein viel gebrauchtes Losungswort; es ist kein Haar besser als die andern. Hätte der Stärkere recht, dann hätten auch jene Kapitalistenklassen recht, die, weil sie stark an Geld sind, die Arbeiter ausbeuten und auf die sittliche Gestaltung des Arbeiterlebens nichts geben. Sie sind die Stärkeren, die Arbeiter die Schwächeren; und im Kampfe um das Dasein muß der Stärkere siegen. Aber dieser Grundsatz ist aus der Tierwelt herausgegriffen; für uns Menschen und Christen gilt er nicht. Uns ist von Natur und von Gott in Herz und Gewissen geschrieben, daß wir nicht leben, um einer über den andern wie reißende Tiere herzufallen, sondern um einer dem andern zu helfen. Wir sind Brüder eines Hauses, Kinder eines Vaters. Jesus Christus hat uns gelehrt, daß neben dem Gebot der Liebe zu Gott das andere gleich vornehm ist: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Das ist freilich nur in der Bibel klar ausgesprochen, aber schon das Naturgesetz in der Brust von edlen Heiden forderte Schonung und Bewahrung des Mitmenschen. Die ganze Geschichte der Menschheit protestirt dagegen, daß der Kampf um das Dasein ihr oberstes Lebensgesetz sein solle. Es ist wahr, in der hinter uns liegenden Epoche und noch bis in unsere Tage hinein hat es die arbeitende Klasse oft schwer genug gehabt. Wenn das Trachten nach Reichtum höchstes Streben und das Gehenlassen der Dinge das einzige Gesetz ist, dann kann man sich nicht wundern, daß die Arbeit nicht zu ihrem Rechte kommt. Aber es gab doch Zeiten, wo der Arbeiter es besser hatte, als in den Tagen des losgelassenen Individualismus. Die Zünfte boten

Jahrhunderte hindurch ihren Gliedern redliche Arbeit, gewissen Absatz, guten Verdienst, sichere Existenz. Als der Weber noch in seiner Stube fröhlich am Webstuhl saß, sein Weib spann die Wolle, die er verwob, und seine Kinder halfen beim Spulen, da war die Arbeit Familienglück. Und noch heute mitten in der hochgespannten Kultur Europas giebt es Stellen, wo in uralten Bauerschaften oder auf einsamen Gehöften die Anfänge der Industrie, das Spinnen, Weben, die Tischlerei und Schnitzerei, in einem und demselben Haushalt geübt werden. In dem Haushalt der Hochalpen drängt sich oft das bunteste Leben zusammen, da arbeiten die Menschen fast alles oder doch das meiste selbst, was ihnen zur Erhaltung ihres Lebens dient. Das sind Überreste aus alter Zeit, in welcher das Elend der Industrie ebenso unbekannt war wie ihre Erfolge. Sie werden schwinden vor dem modernen Geist der Arbeitsteilung. Aber wenn sie auch nicht festgehalten werden können, sie stehen doch da als Mahnungen an die Gegenwart, daß man nicht nachlasse mit der sozialen Reformation, als bis die Arbeit mit der Zufriedenheit, das Kapital mit dem Familienglück, die Energie der Produktion mit dem Gedeihen des Sonntags sich ausgesöhnt hat. Freilich die alte Zeit wußte nichts von der riesenhaften Benutzung der Naturkräfte, von Dampf, Elektrizität, Magnetismus. Alle diese Kräfte erfordern einen großen Aufwand von Kapital zu ihrer Benutzung; anstatt des stillen Hauses mit seiner privaten Arbeit müssen große Fabriken entstehen; damit wird der Arbeiter von seiner Familie losgerissen und in die Fabriken hineingetrieben, wie der Soldat in seine Kaserne. Bald entdeckt man, daß der Mann zur Beherrschung der Maschine nicht überall nötig sei; man läßt ihn deshalb zu Hause und nimmt die Frau und das Kind. Selbst die von ihren Ideen eingenommensten Individualisten müssen gestehen, es sei ein Irrtum, daß das Zeitalter der Maschine die beste Welt erzeugt habe; ein Thomas Carlyle aber erklärt, alle Maschinen der Welt hätten den Arbeitern nicht zwei Stunden Arbeitszeit abgenommen.

Aus diesen Zuständen heraus erhob sich der Sozialismus als der Verurteiler einer Arbeitsweise, welche vor dem Bewußtsein der Christenheit nicht mehr bestehen konnte. Hatten jene Manchesterleute gesagt, wer nur geschickt und fleißig sei, werde sich durcharbeiten,

so zeigte es sich nun, daß auch tüchtige Leute nicht zu ihrem Recht kamen. Die weniger geschickten aber bilden beständig ein wahres Rekrutendepot der Sozialdemokratie; sie besonders, die sich die Enterbten nennen, fordern ihr Recht. Die Manchesterschule hat auf das Familienleben, auf den Sonntag, auf des Menschen unsterbliche Seele wenig geachtet, nun proklamiert der Sozialismus im Namen der verletzten Menschheit die Freiheit. In mangelhaften wirtschaftlichen Zuständen wurzelt dieses System. Und soweit es unhaltbare Verhältnisse verurteilt, muß es jedem Rechtschaffenen willkommen sein. Wir müßten nicht Christen sein, wenn wir ein Wirtschaftsleben, das unheilvolle Wirkungen auf den Menschen ausübt, nicht verdammen wollten. Soziale Anschauungen, welche das Manchestertum kritisieren und für das wirtschaftliche Leben mehr Brüderlichkeit, Wahrheit, Gerechtigkeit fordern, sind ganz nach unserem Sinn.

Aber freilich Sozialismus und Sozialdemokratie sind himmelweit von einander verschieden. Der Sozialismus ist eine gesellschaftliche Auffassung, bei welcher Vaterland und Obrigkeit, Ehe und Eigentum bestehen können; nur der falsche Sozialismus verwirft diese Grundordnungen der Menschheit. Der Sozialismus aber der Sozialdemokratie ist ausgesprochener Feind aller dieser Errungenschaften der menschlichen Geschichte; er ist durchaus unklar und unpraktisch. Man braucht nur die Geschichte der Sozialdemokratie durchzugehen, so findet man einen beständigen Wechsel der Pläne und Programme. Als Lassalle, ein Agitator im großen Stil, zum erstenmal auftrat und die Arbeiter um sich sammelte, war es sein Gedanke, man müsse, um den Widerstreit zwischen Arbeit und Kapital zu versöhnen, Arbeit und Kapital in dieselben Hände bringen; er forderte vom Staat hundert Millionen für Produktivassoziationen der Arbeiter. Wenn nichts weiter nötig wäre, um die soziale Frage zu lösen, als hundert Millionen, das wäre eine Kleinigkeit; man würde gern tausend geben, wenn man dadurch die soziale Gefahr beseitigen könnte. Aber Lassalle selbst meinte schließlich, daß damit die Aufgabe noch nicht zu lösen sei. In Paris ist im Jahre 1848 der Versuch gemacht, in den sogenannten Nationalwerkstätten die Arbeiter zu Unternehmern zu machen; er erwies sich als undurch-

führbar. Das war nicht ganz dasselbe, was Lassalle mit seinen Produktivassoziationen anstrebte, aber es zeigte sich doch hier zur Genüge, und zwar bei einer großen Gelegenheit, daß das wirtschaftliche Leben ohne die Zuhilfenahme des persönlichen Interesses, der strengen Disziplin des unternehmenden Geistes nicht gesund ist. — So hat man denn diesen Gedanken Lassalles verlassen; die Sozialdemokratie fordert den Volksstaat, das Übergehen aller Maschinen, Fabriken und Häuser an den Staat, nur der Staat solle Arbeitgeber und alle Bürger Beamte des Staates sein. Unter dem prunkenden Namen „internationaler Volksstaat" ist diese unklare Idee in unklare Köpfe eingezogen; aber bis heute ist uns die Sozialdemokratie den Nachweis schuldig geblieben, daß der Volksstaat eine Möglichkeit ist. Im sechzehnten Jahrhundert schrieb ein Engländer ein Buch „Utopia," d. h. ein Nirgendheim; er stellte den Sozialismus in einem glänzenden, aber unwirklichen Bilde dar; so ist auch der sozialdemokratische Volksstaat nur ein solches Nirgendheim; auf Erden hat es keinen Platz. Es fehlt nicht ganz an Versuchen der Sozialdemokratie, ein Bild der künftigen Verhältnisse im Sozialstaat zu entwerfen. Bebel hat in mehreren Schriften eine Art wissenschaftlichen Anlaufs genommen, seinen Ideen eine praktische Gestalt zu geben. Most in seiner Blütezeit, ehe er Anarchist wurde, ist in populärer Weise an dieselbe Aufgabe gegangen. Beide haben völlig Schiffbruch gelitten; ihre eigentlich volkswirtschaftlichen Ausführungen sind thöricht und die gesellschaftlichen sind gemein. Beiden wird die Ehe zu einer tierischen Paarung und die menschliche Gemeinschaft zu einem zoologischen Garten. Die heutigen Sozialdemokraten sind bei aller Schlauheit im Agitieren doch zu unwissend, um das weite Gebiet der Volkswirtschaft zu beherrschen. Und es ist doch von Liebknecht allzu naiv geredet, wenn er meint, danach habe man nicht zu fragen.

Der Nationalökonom Schäffle, eine Zeit lang praktischer Staatsmann, hat der Sozialdemokratie den Dienst gethan, ihre atheistisch revolutionären, internationalen Ideen aus den wirtschaftlichen herauszuschälen und diese objektiv darzulegen. Was die Sozialdemokratie nicht vermochte, hat ein Denker vollbracht, der, wenn er auch dem Sozialismus weit entgegenkommt, doch wesentlich auf konservativem

Boden steht. Aber es ist überaus lehrreich, die Entwicklung Schäffles zu verfolgen. In seiner ersten Schrift war er dem Sozialismus am günstigsten gesinnt; er hielt es für möglich, daß der soziale Staat Wirklichkeit werde; in der zweiten Schrift finden sich schon viel mehr Bedenken, sie untersucht das wirtschaftliche Leben nach den Richtungen der Produktion, des Umsatzes, der Konsumtion und kommt in allen diesen Punkten zu dem Schluß, daß der sozialistische Staat nach unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Erkenntnis undurchführbar ist. Es läßt sich eben nicht vorstellen, daß vom Zentrum des Staates aus die gesamte Produktion geleitet wird; es wäre undenkbar, daß Völker mit einander in Handelsverkehr träten, von denen das eine ein Volksstaat ist, das andere die freie Produktion gestattet. Selbst dann, wenn alle Staaten zu Volksstaaten würden, wäre der Umsatz der auf dem Staatswege geschaffenen Produkte nicht möglich. Auch betreffs der Konsumption ist es weder vorstellbar, daß der Staat dem Einzelnen seine Bedürfnisse aufzwingt, noch daß der Einzelne bei den allgemeinen Staatsfabrikaten zur Befriedigung seiner Wünsche kommt. Vor allen Dingen aber würde im Volksstaate die Freiheit untergehen; ein Verlust, der durch alle sozialdemokratischen Träume nicht ausgeglichen wird. So stehen wir denn vor der Thatsache, daß die Sozialdemokratie dem Arbeiter ein Paradies verheißt, das auf Erden nie zu finden sein wird, überhaupt undenkbar ist. Es ist der größte Vorwurf, den wir der Sozialdemokratie unter diesem Gesichtspunkte machen, daß sie, ohne die neue Welt zu kennen, eine alte Welt zu zerstören unternimmt, die ihr Gutes und ihr Böses hat, aber nicht ersetzt werden kann durch eine bloße Phantasie. Ehrliche Menschen, welche die Masse des Volkes hinter sich herziehen, sind vor allen Dingen schuldig, ihren Mitbrüdern zu sagen, wie sie sich die praktische Ausführung ihrer Ideen denken. Sonst haben sie kein Recht, Vertreter und Führer des arbeitenden Volkes zu sein. Was aber die Erscheinung der Sozialdemokratie für die Arbeiter noch gefährlicher macht, ist ihre Verbindung mit den Gedanken der Internationalität, der Revolution, des Kirchenhasses. —

Der Mensch ist wie auf sein Haus und seine Stadt, so auch auf sein Volk angewiesen. Wer sein Vaterland nicht liebt, hat eine tiefe,

unausfüllbare Lücke in seinem Herzen. Der Sozialdemokratismus aber ist zu einer Weltanschauung geworden, die gegen Heimat und Volk gleichgiltig macht. Der Arbeiter, welcher Nation er angehöre, ist der Freund; der Arbeitgeber auch des eigenen Volkes ist der Feind. Die Anhänger Bebels und Liebknechts sehen in ihren deutschen Mitbürgern, die nicht zum Arbeiterstande gehören, Gegner, nicht Landsleute, in den Franzosen, wenn sie nur Arbeiter und Sozialisten sind, Brüder und Freunde. In aller Erinnerung ist der Protest, den die Sozialdemokratie gegen den uns aufgezwungenen französischen Krieg erließ; mitten im Kampfe, als die deutschen Truppen in den Forts vor Paris saßen und dem Bürgerkrieg Frankreichs zuschauten, nahm die deutsche Sozialdemokratie Partei für die Kommune gegen ihr Vaterland und die Rückeroberung der deutschen Provinzen. Hin und wieder erleben wir noch immer im Reichstage die Schmach, daß sozialdemokratische Abgeordnete Elsaß und Lothringen, deutsche Länder, nicht für das Mutterland, dessen Sprache sie sprechen, sondern für Frankreich reklamieren. Darin liegt doch eine Gefahr, eine Verblendung, eine Sünde. Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen. Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!

Ähnlich verhängnisvoll ist die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion. Man sollte meinen, nichts wäre für einen ehrlichen Sozialisten, der das Wohl seiner Brüder will, willkommener, als die Persönlichkeit Christi, der freiwillig aus dem Reichtum des Himmels in die Armut der Erde niederstieg, um unser Bruder zu werden, für uns zu leiden und zu sterben. Man sollte glauben, kein Buch müßte dem Sozialismus lieber sein, als die heilige Schrift, die auf jeder Seite einprägt, daß das Eigentumsrecht nicht menschliche Willkür ist, sondern göttlicher Beruf, über dessen Erfüllung man Rechenschaft geben muß. Ein Buch, welches den Besitzenden predigt, man solle nicht Schätze der Erde sammeln, sondern nach guten Werken trachten, das auf jeder Seite ermahnt, der Not des Nächsten müsse abgeholfen werden, das keinen höheren Grundsatz des sittlichen Lebens kennt, als die Nächstenliebe, müßte von unsern Sozialisten vergöttert werden. Und nun erwählt die Sozialdemokratie nicht das Christentum zu seiner Religion, sondern den

Kampf gegen Bibel und Kirche, gegen Gott und Christum. Der Kampf ums Dasein ist ihre Losung. Warum? Weil das Christentum zwar sozial ist, wie kein anderes Gedankensystem der Welt, aber die Gewaltthat, die Revolution verbietet. Von innen heraus will es die Welt umgestalten, wie es langsam, aber siegreich das Familienleben erneuert und die Sklaverei abgeschafft hat. Daher dieser Kampf der Sozialdemokratie wider das Christentum, weil das Evangelium, das keine Gleichmacherei kennt, den Menschen auf die Unterschiede, welche hier unvermeidlich sind, verweist, weil es die Ewigkeit, wo in echt sozialer Weise der König wie der Bettler beurteilt wird, als das Ziel des Menschen hinstellt, nicht den irdischen Genuß. „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen," so lautet ihr freches Lied. Tritt man an diese Gedankengänge der Sozialdemokratie heran, so wird man von tiefstem Weh ergriffen. — Aber nicht sie sind eigentlich schuldig für diesen Haß gegen die Religion. Die gebildeten, gelehrten, besitzenden bürgerlichen Kreise von Deutschland trifft der Vorwurf, die Geburtsstätten der Kirchenfeindschaft zu sein; der falsche Liberalismus und Radikalismus, welche den Unglauben und den Christushaß unbesonnen genug in das Volk hineingeworfen haben, sind die großen Schuldigen. Sie haben gemeint, die Himmelstürmer würden stille stehen, wenn sie es haben wollten, und sich in Hochachtung vor der Bildung, dem Mammon verneigen. Nun müssen sie es sehen, daß ihre unbewiesenen Vermutungen des Atheismus unheilbaren Schaden anrichten. Sie haben die Funken leichtsinnig umhergestreut und wundern sich, daß die Welt in Brand gesetzt ist; sie haben Wind gesät und Sturm geerntet! Es ist leider richtig, wenn die Sozialdemokratie sagt: Unsern Unglauben verdanken wir den liberalen Kreisen. Diese Wahrheit muß man gerade jetzt überall aussprechen, damit das Spiel mit dem Atheismus in der bürgerlichen Presse aufhöre. Geschieht dies nicht, hört man nicht auf, im öffentlichen Leben die Sittlichkeit und Religion zu untergraben, die Sittlichkeit in den Feuilletons und Inseraten, die Religion in den Leitartikeln und Kritiken, dann ist alles verloren. Tritt hier keine Umkehr und Besserung ein, dann ist schwer zu sagen, wie wir je aus diesem Elend herauskommen sollen. Aber es ist zu hoffen —

und schon deshalb darf man sich über die Aufhebung des Sozialistengesetzes freuen —, der offen ausbrechende Brand sozialdemokratischer Agitation werde die bürgerlichen Kreise davon überzeugen, daß sie unrecht gethan haben, und ihnen die Pflicht auflegen, zu thun, was sie können, um den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

In diesen Stücken nun giebt es kein Paktieren mit der Sozialdemokratie. So lange sie international und revolutionär, unchristlich und vaterlandslos ist, können wir ihr keinen Finger reichen; freilich können wir eben so wenig mit liberalen Mächten zu thun haben, so lange dieselben das biblische und kirchliche Christentum bekämpfen und dadurch den Boden für den Umsturz vorbereiten. Aber was den Sozialismus angeht, so fordern wir ihn für uns. Viele fromme Patrioten sind bessere Sozialisten, als die, welche sich Sozialdemokraten nennen. Das Wort sozial ist ein wunderbares Wort; nur wer in die Tiefe menschlichen Geistes und göttlichen Wortes hineinsteigt, vermag die Bedeutung dieses Wortes zu ermessen. Oft, wenn man fragt, was sozial sei, so wissen es die eignen Anhänger des Sozialismus nicht. Nach den Junitagen der Revolution von 1848 stand — so erzählt Laveleye — der bekannte Sozialist Proudhon vor dem Gericht in Paris. Der Richter fragte ihn, wozu er nach Paris gegangen sei; er antwortete, er habe die Kanonade der Revolution sehen wollen. Ich denke, Sie sind Sozialist? fragte der Richter von neuem. Proudhon erwiderte: Das bin ich auch. Was ist denn eigentlich dieser Sozialismus? fragte darauf der Präsident des Gerichtshofs. Sozialismus heißt: die Lage seiner Mitmenschen verbessern, — ward ihm zur Antwort. Mein Gott, sagte der überraschte Präsident, wenn Sie nichts andres wollen, das wollen wir auch; dann sind wir alle Sozialisten. Und Proudhon erklärte: gewiß, so habe er es auch gemeint! Hier haben wir einen großen Führer der Sozialisten vor uns, der offenbar nicht weiß, was Sozialismus ist.

Zum Sozialismus gehört doch wohl, daß man irgendwie das Bestreben zeigt, das irdische Los der Menschen mehr auszugleichen. Sozialismus ist Ausgleichung der ökonomischen Unterschiede, nicht

bloß Verbesserung der Welt im allgemeinen. Aber in diesem Sinne ist der Sozialismus eine weltbewegende Idee, die ihren Ursprung vor allem im Christentum hat. Christus ist es, der die Menschen gelehrt hat, sich als Brüder anzusehen; und in der Gemeinde und Kirche trat diese Gleichheitsidee sofort ins Leben. Das Christentum war nicht imstande, seine ganze soziale Anschauung gegenüber dem Heidentum durchzusetzen. Die Sklaverei blieb noch bestehen. Aber im Laufe des Mittelalters sind doch allmählich, wenigstens in den Städten, die Sklavenketten gefallen, auch auf dem Lande wurden die Sklaven zu Leibeigenen, die Leibeigenen zu Freien; und heute ist durch die christlichen Völker allüberall auf Erden die persönliche Freiheit der Menschen anerkannt. Die Reformation sprach das bedeutende Wort aus, daß es keine zwiefache Sittlichkeit geben dürfe, keine Moral von Laien und eine andere von Priestern und Mönchen; da erhob sich der Gedanke der sittlichen Gleichheit. Die französische Revolution in ihren letzten Folgen schuf die rechtliche und staatsbürgerliche Gleichheit der Menschen. Die Macht ihrer Antriebe hat in manchen Ländern das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht durchgesetzt, die völlige politische Gleichwertigkeit der Menschen. Nun ist der heutige Sozialismus lediglich das Bestreben, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete die weltgeschichtliche Bewegung der Gleichheit zum Siege zu führen. Nicht in dem Sinne, wie der gemeine Kommunismus will, als müßten die Güter geteilt werden, auch nicht im Sinne der Sozialdemokratie, daß der Staat die Bürger an seinen Wagen spannt und zu Lasttieren macht, soll die Gleichheit genommen werden. Dabei würde die Freiheit der Persönlichkeit aufgehoben; solche Gleichheit können wir nicht brauchen, weil des Menschen geistiges Wesen auf Freiheit angelegt ist. Aber dazu treibt uns die Gleichheitsidee, daß wir alles versuchen, was in der Macht des Staates steht, was von Rechts- und Verwaltungswegen geschehen kann, um das Schicksal der Besitzenden und Nichtbesitzenden, der Millionäre und Enterbten auszugleichen. Und eben das ist der Umschwung, der sich in den Anschauungen von heute vollzogen hat, in der Wissenschaft noch früher als im Arbeiterstande. Die heutige Nationalökonomie stellt nicht mehr das irdische Gut, nicht die Produktion

in den Vordergrund, sondern den Menschen, den Arbeiter und Arbeitgeber. Sie betrachtet das wirtschaftliche Leben nicht sowohl unter dem Gesichtspunkte des Kapitals und des Reichtums, als unter dem der Arbeit und der Gesellschaft. Sie fragt nicht zuerst, wieviel man mit den Menschen verdienen kann, sondern was man thun muß, damit die Arbeiter in die beste materielle und sittliche Lage kommen. Sie hat an die Stelle des Mammons sittliche Fragen gesetzt, an Stelle des Gehenlassens ein Arbeiterrecht gefordert, das auf der Gerechtigkeit ruht, und die mächtigste Institution, welche die moderne Zeit kennt, den Staat, herbeigerufen, um die soziale Frage zu lösen.

Nicht zum erstenmal haben Fürsten und Regierungen versucht, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. In der Zeit Ludwigs XIV. und Cromwells griffen die Großen der Erde in das wirtschaftliche Leben ein. Das Jahrhundert der Revolution wies dann die Einwirkung des Staates zurück und sah in der Beteiligung der Regierungen an der Volkswirtschaft nur ein notwendiges Übel, das auf das geringste Maß zu beschränken sei. Noch die ersten Jahrzehnte unsers Jahrhunderts standen unter dem Eindruck dieser individualistischen Anschauungen. Erst in unsrer Zeit wieder haben erlauchte und erleuchtete Fürsten begonnen, den sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ihre gespannte Aufmerksamkeit und ihr persönliches Wohlwollen zuzuwenden. Damit ist dem Staate eine neue Bahn eröffnet. Der bloße Rechtsstaat hat die realen Kräfte des Volkslebens vernachlässigt. Der Kulturstaat hat die intellektuellen Interessen zu einseitig betont und mit einem Kulturkampf geendet, der unser Volk in den schwersten Zwiespalt warf. Aus beiden Formen hat die Sozialdemokratie ihre Nahrung gezogen. Der Sozialstaat wird versuchen, die Fehler seiner Vorgänger zu berichtigen, — und zwar der Sozialstaat unter der Führung des sozialen Königtums oder Fürstentums. Für uns wenigstens in Deutschland lautet das befreiende Wort: Sozialmonarchie. Leidet die Sozialdemokratie an falschem Sozialismus, der nicht zum Ziel führt und die Arbeiter elend macht, in der Sozialmonarchie herrscht ein gesunder Sozialismus, der sich mit dem Bestehenden verträgt und im Frieden mit allen Ständen das Mögliche thun will, um

den erlaubten Ansprüchen unsrer arbeitenden Mitbürger auch gerecht zu werden. Und hier ist es Lassalle, der unter den mancherlei Körnlein Wahrheit, die er ausstreute, auch darin das Richtige erkannte, daß er der Sozialmonarchie die Palme zusprach, dagegen der bürgerlichen Demokratie, ihrer Presse wie ihrem Parteiwesen den Abschied gab. Sein monarchischer Sinn war freilich noch mehr Cäsarismus als Königtum, und sein nationaler Geist mehr Abstraktion als Leidenschaft. Das oft giftige Seziermesser scharfer Kritik stand ihm besser zu Gebote als das Schwert des Geistes, das Helden schwingen. Immerhin ist es merkwürdig, daß dieser Jude im Unterschied von dem internationalen Marx für Deutschlands Größe eine gewisse Empfindung im Herzen trug und, während das fanatische sozialdemokratische Judentum nur Empörung und Umsturz brütete, die Parole des sozialen Königtums, also die Ordnung, ausspielte. Jedenfalls war er klug genug, zu wissen, daß der politische Radikalismus aus eigenem Antrieb nie etwas für das Wohl der Arbeiter thun würde. Deshalb hatte er für diese Partei eine tiefe Verachtung. Er wendete sein Angesicht der Zukunft entgegen und meinte, wenn das Königtum sich auf seinen Beruf zu besinnen vermöchte, so wollte er der erste sein, der ihm anhinge. Auch von Fürst Bismarck ist in einer Reichstagsrede bezeugt, daß Lassalle bis zu einem gewissen Grade national und monarchisch dachte; darin unterscheidet sich dieser Engroshändler des Sozialismus von den materialistischen Krämern, die ihm gefolgt sind, daß er die Bedeutung der Monarchie für Deutschland schätzte. Es ist das um so anerkennenswerter, als sein Auftreten hinter dem großen Aufschwung unseres nationalen Lebens und der monarchischen Idee einige Jahre zurückliegt. Seitdem hat nun die Monarchie in unserem unvergeßlichen Kaiser Wilhelm I., sowie in den Persönlichkeiten der deutschen Fürsten, welche im Jahre 1871 unter den Eindrücken des Krieges ihre Pflicht thaten und Deutschland in den Sattel halfen, eine solche Macht gewonnen, daß man nicht begreift, wie heute noch jemand von der Demokratie Heil für Deutschland und die Arbeiterwelt erwarten kann. Am wenigsten aber versteht man es, daß die Sozialdemokratie die Anschauungen ihres größten Agitators völlig verleugnet und heute

zur Schleppenträgerin des politischen Radikalismus und des Judentums geworden ist. Die soziale Idee hat immer im Zusammenhang mit der gesamten Geschichte ihrer Zeit gestanden, so müßten auch die sozialen Parteien Deutschlands der Gegenwart eine innere Verbindung mit dem heutigen Zeitcharakter suchen. Heute kann allein die Monarchie der sozialen Reform zur Wirklichkeit verhelfen. Die bürgerliche Demokratie ist eine absterbende Partei. Wenn sie auch durch eine falsche Politik für eine kurze Zeit in ein Scheinleben zurückgeführt worden ist, so wird sie es doch nie wieder zu einem kräftigen Dasein bringen. Sie ist ein verspätetes altkluges Kind des Jahres 1848, eine zurückgebliebene Existenz, die räsonnirt, während die Gegenwart schöpferisch zu wirken hat. Wir sind Kinder des Jahres 1870 und stehen unter den Eindrücken der großen Dinge, welche Gott vor zwanzig Jahren durch unsere Fürsten und unser Volk gethan hat. Wir freuen uns des einig gewordenen Vaterlandes und möchten die politische wie die soziale Demokratie gleichfalls in den warmen Strom des Patriotismus hineinziehen. Besonders den Sozialdemokraten möchten wir zurufen: Rennt euch nicht den Kopf gegen die Mauern der Weltgeschichte ein! Das Jahr 1870 bedeutet nicht nur die Wiederaufrichtung Deutschlands, sondern auch die Erneuerung der monarchischen Idee in einer Form, welche nicht bloß das Kriegführen und Siegen über den Feind, sondern ebenso den Kampf gegen den Umsturz, die Pflege der sozialen Verhältnisse hoch hält Die Sozialmonarchie will mithelfen, daß der soziale Zwiespalt gemildert, die ökonomische Kluft ausgefüllt und der nationale Friede wieder hergestellt werde. Von der Märzrevolution und ihren Barrikaden her lebt in vielen Herzen noch der Gedanke, daß die Demokratie, also die Opposition gegen das Königtum, die einzige Richtung sei, welche sich für einen freien Bürger zieme. Diese Anschauung ist kindlich. Einer schlechten Regierung mag man opponiren, einer guten Regierung muß man zustimmen. Und gewiß war die Monarchie Kaiser Wilhelms I. ein gutes Regiment. Wohl hat die Riesengestalt Fürst Bismarcks in dem letzten Jahrzehnt allzu stark auf die freie Überzeugung gedrückt und die Entwickelung kräftiger Persönlichkeiten gehindert; wir wollen diesen

Schaden gewiß nicht gering anschlagen. Aber das gehört nun einmal zu den Eigentümlichkeiten, die man bei gigantischen Menschen mit in den Kauf nehmen muß. Alles in allem waren doch die letzten fünfundzwanzig Regierungsjahre Kaiser Wilhelms eine wunderbar große Zeit. Ist es nicht erstaunlich, daß dieser mehr als Achtzigjährige an seinem Lebensabend Sozialreformator wurde, und daß die deutschen Fürsten willig folgten?

In Preußen freilich ist das nicht neu. Als im vorigen Jahrhundert die volkswirtschaftlichen Kreise Frankreichs und Englands sich die Einmischung der Fürsten verbaten, weil sie meinten, die Regierungen könnten nur schaden, haben wir in Preußen soziale Fürsten gehabt. Der große Kurfürst war schon früher als ein wirtschaftlicher Reformator auf seinem kleinen Territorium vorangegangen; er gründete Fabriken und pflanzte Gärten; wer heute in Berlin durch den Lustgarten geht, mag daran denken, daß dort ein kurfürstlicher Gemüsegarten war, den man mit Stolz den Fremden zeigte. — Friedrich Wilhelm I. war nicht der steife Fürst, als den man ihn aus „Zopf und Schwert" kennt, er war vielmehr der größte volkswirtschaftliche König, den Preußen gehabt hat. Er konnte gegen seine Kinder und auch gegen hohe Beamte recht hart sein und den Stock schwingen; er konnte Fabrikanten, welche die heutige Devise „billig und schlecht" schon damals zu ihrer Losung machten, den Galgen zeigen und Verschlechterung der Ware mit dem Tode bestrafen; dennoch sollen wir nicht vergessen, wenn wir an diese urwüchsige königliche Persönlichkeit herantreten, was der große Friedrich, welcher doch soviel unter dem väterlichen Zorn gelitten hatte, später sagte. Man müsse — schrieb der König — mit den Fehlern des Sohnes Nachsicht haben um der großen Tugenden eines solchen Vaters willen. — Friedrich der Große war nicht in dem Sinne Nationalökonom wie sein Vater, die Tabaksregie war sogar ein großer Fehler; aber er hat doch das kühne Wort gesprochen, daß er der erste Diener des Staates sei, und das andere ebenso kühne, daß er sich ansehe als den König der Armen. — Als dann in den Kriegen Napoleons die preußische Macht vollkommen zusammengebrochen war, war es Friedrich Wilhelm III., der dem Bauernstande die Ketten abnahm, den Städten Selbständigkeit gab und sein Volk aus dem

politischen Elend sozial herausshob. — Kaiser Wilhelm I. steht ganz in der Reihe seiner Vorfahren, wenn er jenes Vermächtnis hinterläßt, die Botschaft vom Jahre 1881, in welcher geschrieben steht, was noch nie seit Menschengedenken Könige gesagt haben, daß die arbeitenden Klassen berechtigten Anspruch haben auf die Hilfe des Staates. Man merke wohl: nicht Anspruch auf kommunale Almosen, sondern auf staatliche organisierte Hilfe. Wir stehen jetzt am Schluß einer großen sozialpolitischen Arbeit und am Anfang einer anderen ebenso großen. Wenn die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erst wirksame Gesetze sind, so wird jeder sehen, daß ene Botschaft nicht ein bloßes Wort war, sondern eine That. — Kaiser Wilhelm II. aber hielt es für seine erste Pflicht, vor seinem Volke offen zu erklären, daß er die sozialen Wege seines erlauchten Großvaters weiter wandeln wolle. Wenn er jetzt zu der Arbeiterversicherung den Arbeiterschutz hinzugefügt und diesen Schutz zum erstenmal in Berlin international zu gestalten versucht hat, so sehen wir die zweite Linie der sozialen Reformen in der Vollendung begriffen, der als drittes Glied die Organisation der Arbeiter folgen wird. Bereits ist in dem, was unser Kaiser über die Arbeiterausschüsse geplant hat, ein Anfang gemacht. Die Souveränität der Arbeitgeber soll ergänzt werden durch ein Mitberaten der Arbeiter. Nicht als ob die Arbeiter in alle Dinge der Unternehmung hineinreden sollten. Aber wie auf dem politischen Gebiet aus absoluten Königen konstitutionelle Monarchen geworden sind, so müssen auch aus absoluten Arbeitgebern gleichsam konstitutionelle werden, die mit ihren Arbeitern Fabrikordnungen und Wohlfahrtseinrichtungen beraten. So werden beide wieder lernen, daß sie an einem und demselben Werk arbeiten und nicht Feinde, sondern aufeinander angewiesen sind.

Ich möchte die Sozialdemokratie fragen, was hätte sie in Deutschland bewirkt, wenn wir keinen Kaiser hätten. In Frankreich herrscht die Demokratie seit einem Jahrhundert, und oft genug haben dort jahrelang die fortgeschrittensten Köpfe das Heft in der Hand gehabt. Haben sie den Sozialismus eingeführt? Haben sie für die Arbeiter gesorgt? Alle Revolutionen seit dem vorigen Jahrhundert waren mit sozialistischem Öle getränkt, — haben sie

dem Arbeiter genützt? Was hat die Kommune gethan Anno 1871? Sie hat einen frommen Erzbischof erschossen, aber Rothschild nicht einmal einen Besuch gemacht. Dagegen ist die Monarchie sozial fruchtbar gewesen. Nirgends ist soviel für die Arbeiter gethan, wie bei uns.

Es ist ja auch natürlich, daß die Sozialmonarchie mehr leisten kann, als eine Demokratie. Die Monarchie ist stark, eine demokratische Obrigkeit wird immer schwach sein und für ihren Bestand zittern. Die Krone kann alle Stände des Landes zu ihrer Sozialpolitik heranziehen, was dem Präsidenten einer Republik unmöglich ist, da er Mühe hat, sich zu behaupten. Das Königtum steht fest über den Jahrhunderten, es will nicht bloß die kurze Zeit, die es regiert, ausnutzen, sondern denkt wie an die Vergangenheit, so an die Zukunft des Landes, an Kind und Kindeskind. Ja, da sind die Bedingungen für das Wohl der Arbeiter gegeben, in einer Demokratie niemals. Das Königtum ist seinem ganzen Wesen nach unparteiisch und kann sich nicht an eine Richtung verkaufen; der König steht über den Parteien, bietet allen, die das Gute wollen, seinen Schutz und verbindet die lebendigen Kräfte aller. Ein Königtum ist naturgemäß national, es ist an sich der Repräsentant des ganzen Volkes. Die Monarchie ist die Personifizierung der Nation, sie hat wie der Mensch eine Seele, einen bestimmten Charakter, dessen Verleugnung der Tod einer Nation sein kein. Die Internationalität zum Prinzip der gesamten Politik gemacht, bringt die Nation um, die Sozialmonarchie ruft alle Kräfte eines Volkes auf zum Wohle aller. Und wenn nun unsere Monarchie seit einem Jahrzehnt bei uns deutlich beweist, daß sie gewillt ist, den Arbeitern alles zu geben, was in Menschenkraft liegt, sollten die deutschen Arbeitermassen auf die Dauer nicht einsehen, daß ihnen unter der bestehenden Sozialmonarchie besser geholfen ist, als unter einer geträumten Sozialdemokratie? Sollte der Revolutionsgedanke, der unseligerweise in den Herzen der Sozialdemokraten gezündet hat, nicht dem friedlichen Zusammenwirken der Stände Platz machen? Es ist zu hoffen, daß wir durch eine gesunde Reform die Revolution vermeiden.

Freilich, wenn wir diesen Umschwung ebenso vom falschen Individualismus wie vom falschen Sozialismus zu einem gesunden

Sozialismus vollziehen wollen, so bedarf es heiliger und heiligender Kräfte, welche jedem den Egoismus aus der Brust reißen. Giebt es eine Macht, die dazu imstande ist? Ich kenne nur eine, das lebendige Christentum. Es wirkt ganz von selbst sozial befreiend und beruhigend, anregend und ermutigend. Einer der größten Irrtümer der Sozialdemokratie liegt darin, daß sie glaubt, durch bloße Gesetze und Maßregeln eine neue sozialistische Welt zu schaffen oder gar durch eine wüste Revolution eine edle Menschheit zu erzeugen. Nein, nicht durch Gewaltthaten entsteht eine bessere Zeit, sondern durch die Macht der Ideen. Das Reich Gottes, wie es in der heiligen Schrift dargestellt und freilich in unseren bureaukratisch regierten Landeskirchen allzu wenig realisiert ist, ist auch ein soziales Reich. Es gehört nicht bloß in das Jenseits, wohin die Sozialdemokratie es verweisen möchte, sondern auch in das Diesseits. Freilich ist es ein Reich der Unsichtbarkeit und der Ewigkeit. Aber eben darin beruht seine Kraft und seine Herrlichkeit. Auch der vollkommenste Sozialstaat kann das Elend nicht bannen; auch seine Bürger bedürfen der Hoffnung einer besseren Welt. Unter der Sozialdemokratie soll aber dies heilsame Christentum den Todesstreich empfangen; wenn es möglich wäre, eine Erscheinung, die ewiges Leben hat, zu vernichten, so würde die Sozialdemokratie den Glauben ermorden. Unter der Sozialmonarchie wird das Christentum in seinen Wirkungen niemals dauernd gehemmt werden können. Denn das moderne Königtum bedeutet nicht Cäsarismus im Politischen, nicht Byzantinismus im Kirchlichen, sondern den persönlichen Fürstendienst von Gottes Gnaden am Wohl des Staates, die persönliche Schirmherrschaft um Gottes Willen an dem Bau der Kirche. Im lebendigen Zusammenwirken von Fürst und Volk, von Staat und Kirche soll jede lebendige Kraft beschäftigt, die Kultur der Nation gefördert, der Friede der Stände vermehrt, das christliche Ideal des Bürgers erstrebt werden. Wird es möglich sein, bei uns auf der schwankenden Grundlage des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechtes den Bau der Sozialmonarchie aufzuführen? Wir geben die Hoffnung nicht auf. Jedenfalls giebt es kein Rückwärts mehr. Ein Königtum, das seine

Wurzeln in den breiten Massen des Volkes verlöre, wäre auch in Preußen, in Deutschland nicht mehr lebensfähig.

Seit dem ersten Oktober dieses Jahres und dem Aufhören des Sozialistengesetzes sind alle diese Fragen stärker an uns herangetreten. Propheten kommen von rechts und links und wollen uns Antwort geben; die einen in ihrer Mutlosigkeit sehen kein Aufhalten mehr, die anderen in ihrer Gleichgiltigkeit denken nur an das Heute, wieder andere erwarten das Heil von einer Katastrophe. Das Richtige wird doch sein, daß man die Zukunft in Gottes Hand legt und in der Gegenwart arbeitet, solange es Tag ist. Gewiß zieht sich ein dunkler Abgrund durch unsere Zeit, aber noch immer führen Brücken von einem Rande zum andern. Gewiß ist Deutschland zerklüfteter als jedes andere Volk; die religiöse Gemeinschaft fehlt, dadurch leidet auch die bürgerliche Solidarität, und die deutsche Träumerei, von manchen philosophische Anlage genannt, kommt den sozialistischen Phantastereien entgegen. Aber trotz des klaffenden Zwiespalts fehlt es doch an Momenten der Versöhnung nicht. Unser Kaiser bietet die Hand zum gemeinsamen Wirken, und viele schlagen ein. Selbst die Sozialdemokraten können sich dem Zauber der Sozialmonarchie nicht völlig entziehen; wenn sie jetzt in einer ganz anderen Tonart reden als früher, so sehen wir darin die veränderte Lage. Daß sie uns wachsam halten und unseren Fleiß in der Sozialreform anspornen, ist gut. Wir wollen ihnen volle Gerechtigkeit gewähren, die ausgleichende, wie die verteilende. Aber wir wollen sie auch auf das Gewissen fragen, wie sie ihr Programm ausgestalten und durchzuführen gedenken, und wir wollen fragen, bis sie antworten. Mit Dummheit und Redensarten ist noch kein Staat, der so fest steht, wie das deutsche Reich, erschüttert; mit dem Geschwätz von Revolution und Umsturz wirft man keine alte Gesellschaft um, auch wenn sie Risse hat, wie die unsrige. Wir sehen in den Zuckungen der Sozialdemokratie die Wehen einer neuen Zeit. Was daraus geboren wird, wird von der Tüchtigkeit derer abhängen, die nicht zum Umsturz gehören. Wenn sie der Kirche und dem Vaterlande ihre Kräfte widmen, den alten Parteihader begraben und nur einen Geisterstreit führen, wo es sich um Überzeugung und Gewissen handelt, dann ist viel gewonnen. Ein

Symptom ist schwer und schmerzlich: es ist die wachsende Feindschaft der beiden Konfessionen. Möge sie sich bald in Frieden verkehren. Aber wie trotz ihrer das deutsche Reich geeinigt ist, so mag auch trotz des Kampfes zwischen der bestehenden Ordnung und der Sozialdemokratie die neue sozialmonarchische Gesellschaft aus den Stürmen emportauchen. Wir vertrauen auf Gott und hoffen für unser Volk und Vaterland.

## Unsere Stellung zur Sozialdemokratie

**Thesen, auf dem ersten Evangelisch-sozialen Kongreß verteidigt von dem Verfasser dieses Aufsatzes.**

1. Die Sozialdemokratie ist der zur Umsturzpartei verkörperte Drang, neben der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung die wirtschaftliche Gleichheit zu erringen. Obwohl auf falschen Wegen zu falschen Zielen befindlich, muß sie doch als eine der mitwirkenden Mächte beim Durchbruch einer veränderten Gesellschaftsform und als Begleitzeichen eines weltgeschichtlichen Prozesses angesehen werden.

2. Soweit sie das Bestreben vertritt, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zu erhöhen, die Arbeit zum Kapital in ein besseres Verhältnis zu setzen, das private Eigentum aus seiner Überspannung zu befreien und dem Gemeinwohl mehr als bisher dienstbar zu machen, hat sie in ihrer Erscheinung Züge einer berechtigten Sozialreform, die Beachtung fordern.

3. Soweit sie darauf ausgeht, die Arbeitermassen aufzuhetzen, dem Besitz wie den Besitzenden den Krieg zu erklären und die bestehenden Einrichtungen des Erwerbslebens umzustoßen, ohne die Grundlagen einer neuen Wirtschaftsordnung bestimmen zu können, ist sie unberechtigt und muß bekämpft werden.

4. Soweit sie die gewaltsame Revolution vorbereitet, die irdische Obrigkeit wie die kirchlichen Ordnungen offen mit Umsturz bedroht, die Ehe und das Familienleben aufzulösen unternimmt, ist sie eine ungeheure Gefahr des Volkslebens und als solche zu unterdrücken.

5. In ihrer internationalen Verbindung ist sie eine Weltgefahr, gefährdet die gesamte christliche Kultur und fordert die allgemeine Gegenwehr heraus. Ob sie in einer Sozialrevolution ausbrechen oder in geordnete Bahnen gelenkt werden wird, ist eine der beherrschenden Fragen unserer Zeit.

6. Daß sie in Deutschland, und zwar bis jetzt in den evangelischen Gebieten, ihre tiefsten Wurzeln und ihre weiteste Verbreitung hat, liegt einerseits in der Zerrissenheit des nationalen

Geistes und in der Verwüstung des öffentlichen Lebens, andererseits in dem Überfluß einer unreifen und widerchristlichen Bildung, in den Spaltungen und Versäumnissen des Protestantismus und in dem verderblichen Einfluß gewisser Kreise des Judentums. Ihre politische Machtentfaltung verdankt sie dem herrschenden Wahlsystem, das mit dem Kulturkampf und einer mammonistischen Ära zusammentraf und deshalb mit verdoppelter Gewalt wirkte.

7. Dem evangelischen deutschen Volk ist in der Überwindung der sozialen Schwierigkeiten eine besondere Aufgabe gestellt, die in Buße und Glauben, in Hoffnung und Liebe anzufassen, und nur durch das Zusammenwirken aller gesunden Faktoren des Volkslebens, durch eine allgemeine Geisterbewegung und eine unermüdliche Agitation in Versammlung und Presse zu lösen ist.

8. Im Staatsleben ist der Sozialdemokratie die Sozialmonarchie entgegenzustellen und unter ihrer Führung die gesetzliche Organisation der vorhandenen Kräfte zu erstreben, und zwar so, daß die Lebensmächte der Persönlichkeit und der Gesellschaft nicht gehemmt werden. Die Sonntagsruhe als die magna charta des arbeitenden Volkes ist sorgsam zu schützen und zu pflegen.

9. Im gesellschaftlichen Leben ist vor allem die freundschaftliche Berührung und Fühlung der verschiedenen Bevölkerungsklassen zu verstärken. Reich und Arm, Vornehm und Gering müssen im gegenseitigen Verkehr das vorhandene Mißtrauen überwinden, das mangelnde Vertrauen wieder herstellen.

10. Im persönlichen und geschäftlichen Leben sollen Arbeitgeber und Arbeiter versuchen, die Unternehmung, der sie beide dienen, zu einer erweiterten Familie zu gestalten. Die politische Gleichberechtigung ist ebenso wie der soziale Unterschied anzuerkennen, und die Alleinherrschaft des Unternehmers durch Mitwirkung der Arbeiter in eine geordnete Gegenseitigkeit umzuwandeln, unter welcher jedoch die Disziplin nicht leiden darf.

11. Die Kirche soll als die irdische Darstellung des Reiches Gottes nicht bloß einen persönlichen, sondern auch einen sozialen Einfluß üben und in ihrer gesamten Thätigkeit die sozialen Gesichtspunkte mehr zur Geltung bringen: in der Begründung übersichtlicher Gemeinden die Möglichkeit christlich-sozialen Wirkens schaffen, in ihren Körperschaften die soziale Frage bearbeiten, in wissenschaftlicher Arbeit die sozialen Ideen der heiligen Schrift an das Licht stellen, in volkstümlicher Predigt die sozialen Anschauungen des Neuen Testamentes, besonders die über das irdische Gut und die Stellung des Christen zu demselben, betonen, in treuer Seelsorge Reich und Arm mit gleicher Fürsorge bedenken und in der Inneren Mission ebenso die Werke der Nächstenliebe

treiben, wie die Kreise des natürlichen Gemeinschaftslebens mit dem Sauerteig des Evangeliums zu durchdringen suchen.

12. Als ihre besondere Mission soll sie ein Vereinsleben hervorrufen, das die öffentlichen Angelegenheiten, die kirchlichen, wie die vaterländischen und sozialen in dem Licht des Wortes Gottes behandelt und neben der christlichen Gottesanschauung auch die christliche Weltanschauung zur festen Überzeugung bringt. Da wo die weit überwiegende Anzahl der Gemeindeglieder aus Arbeitern besteht, ist die Gründung von evangelischen Arbeitervereinen der gewiesene Weg; da wo dies nicht der Fall ist, wird ein Gemeinschaftsleben, an welchem alle Stände teilnehmen, die bessere Form sein; wo bestimmte Gründe die Bildung von Vereinen hindern, soll doch der Versuch gemacht werden, regelmäßig oder bei gegebenen Gelegenheiten die Männer der Gemeinde zu Versammlungen zu berufen und an Familienabenden eine edle christliche Geselligkeit zu pflegen. Die Hülfe der Lehrerwelt ist dazu im besonderen Maße erwünscht.

13. Indem die Kirche so durch ihre amtlichen Organe und Thätigkeiten wie durch ihre freien Vereine und Arbeiten einen Einfluß auf das soziale Leben erstrebt, nicht um zu herrschen, sondern um zu dienen und den Gegensatz der Stände versöhnen und überwinden zu helfen, besinnt sie sich auf eine zu lange vergessene, in der Gegenwart unerläßliche Aufgabe, die als ihre öffentliche Mission bezeichnet werden kann und um so dringender ist, als andere Mächte, wenn die evangelische Kirche ihren Dienst versagt, bereit und am Werke sind, ihren Einfluß zum Schaden des Evangeliums und des deutschen Volkes auszunutzen.

---

## Satzungen

### der Sozial-monarchischen Vereinigung.*)

1. Die Sozial-monarchische Vereinigung bildet sich zu dem Zweck, um in Berlin und andern Großstädten, sowie überall da, wo der politische und soziale Umsturz dem Volksleben Gefahr droht, zur Bekämpfung desselben die staatserhaltenden Kräfte zu verbinden.

*) Diese Satzungen werden auf Wunsch des Herrn Verfassers zur Kenntnis der Leser gebracht. Die Redaktion identifiziert sich aber mit den darin vertretenen Bestrebungen ebenso wenig, wie der Evangelisch-soziale Kongreß. Es ist die Äußerung der Auffassung weitestverbreiteter Kreise unsrer Mitarbeiter, darum glaubten wir, daß sie dem allgemeinen Interesse begegnen dürften. Der Herausgeber.

2. Sie will, ohne eine neue Partei zu bilden, zu gemeinsamem öffentlichem Wirken diejenigen sammeln, welche auf der von unsern hochherzigen Kaisern beschrittenen Bahn die soziale Weiterentwickelung erstreben, und auch denjenigen einen Sammelpunkt bieten, welche den bisherigen staatserhaltenden und kirchenfreundlichen Parteien noch nicht angehören.

3. Sie nennt sich sozial, weil sie von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart ihren Ausgangspunkt nimmt; sie nennt sich sozial-monarchisch, weil sie nur von den unter einer starken Monarchie zusammengefaßten Lebensmächten des Volkes eine befriedigende Lösung der sozialen Schwierigkeiten erhofft.

4. Sie will der Geldherrschaft wie der Pöbelherrschaft, dem Manchestertum wie dem Kommunismus, der Revolution wie der Reaktion entgegenwirken, und durch eine starke Sozialreform auf christlicher und nationaler Grundlage den internationalen Umsturzbestrebungen einen Damm entgegenbauen.

5. Sie erstrebt eine genossenschaftliche Organisation der Arbeiter behufs Vertretung ihrer Interessen; die Weiterführung des internationalen Arbeiterschutzes, die Fürsorge für die Wohnungsverhältnisse des kleinen Mannes von seiten des Staates auf dem Wege der Gesetzgebung, eine stärkere Besteuerung des Kapitals, besonders des mobilen und spekulierenden Kapitals. Überall will sie die produktive Arbeit gegenüber dem Kapital schützen helfen, unter andern auch die Forderungen der Bauhandwerker vor den Hypotheken der Bauspekulanten bevorzugt sehen. Den Anmaßungen und Übergriffen des Judentums setzt sie auf allen Gebieten entschiedenen Widerstand entgegen.

6. Sie weist dem Staate und der Gesellschaft in der Bewältigung der sozialen Schwierigkeiten die erste Stelle zu, aber sie ist der Überzeugung, daß ohne die Mithilfe des lebendigen Christentums das rechte Vertrauensverhältnis zwischen den verschiedenen Ständen und Klassen nicht hergestellt werden kann. Sie erstrebt deshalb eine wirksame Durchdringung des Volkslebens mit den sozialen Kräften des Evangeliums.

7. Indem sie alle Kräfte zur Erneuerung des Volkslebens aufruft, will sie mithelfen, daß das deutsche Volk, stark und einig nach außen, auch im Innern die Ruhe und Kraft erringe, welche die gesegnete Zukunft des Staates und jedes einzelnen Bürgers gewährleistet. Unter der Losung: Mit Gott für Kaiser und Reich! gehen wir an die Arbeit und in den Kampf.

# Organisations-Statut
## der Sozial-monarchischen Vereinigung.

1. Mitglied der Vereinigung kann jeder für den Reichstag Wahlberechtigte werden, welcher auf dem Boden ihrer Satzungen steht.

2. Mitgliedschaften der Vereinigung mit besonderen Vorständen können sich in jedem Reichstags-Wahlkreise bilden, desgleichen auch entsprechend Unter-Mitgliedschaften in einzelnen Bezirken der Wahlkreise.

3. Jeder der Vereinigung Angehörige zahlt an dieselbe einen Jahresbeitrag von mindesten einer Mark.

4. Der Vorstand der Vereinigung hat seinen Sitz in Berlin; er besteht aus 1 Vorsitzenden, 2 stellvertretenden Vorsitzenden, 1 Schriftführer, 2 stellvertretenden Schriftführern, 1 Kassenwart, 1 stellvertretenden Kassenwart, 12 Beisitzern.

Der Vorstand hat das Recht, sich durch Zuwahl um höchstens 10 Mitglieder zu verstärken.

5. Im November jeden Jahres findet in Berlin eine ordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Vereinigung statt, deren Einberufung durch den Vorstand unter Angabe der Tagesordnung in geeigneter Weise, und zwar spätestens drei Wochen vor dem Zusammentritt der Versammlung, zu erfolgen hat.

Die ordentliche Generalversammlung beschließt

a. über die Wahl des Vorstandes (der erste Vorsitzende ist für sich besonders zu wählen);
b. über die Wahl von drei Kassenrevisoren für das nächste Jahr;
c. über Entlastung des Kassenwarts;
d. über Anträge, welche aus Anlaß des Inhalts des vom Vorstande erstatteten Jahresberichts gestellt werden sollten;
e. über die etwa stattzuhabende Verhandlung über Gegenstände, welche nicht auf der Tagesordnung stehen;
f. über Änderungen der Satzungen;
g. über Auflösung der Vereinigung und die dann stattzuhabende Verwendung des Kassenbestandes.

Beschlüsse zu e, f und g kommen nur dann zustande, wenn $^2/_3$ der in der Generalversammlung Anwesenden ihre Stimmen für den betreffenden Antrag vereinigen.

7. Außerordentliche Generalversammlungen können nach Ermessen des Vorstandes angesetzt werden nnd müssen von diesem berufen werden, wenn der zehnte Teil der Mitgliedschaften sich dafür ausspricht.

Druck von Carl Marquart, Leipzig.